

Hält der Damm?

Vom 20.-22. April diskutierten auf Schloss Hartheim in Oberösterreich 250 Teilnehmer aus zehn Staaten Europas auf einem internationalen Kongress brennende Fragen rund um das Lebensende. Die Wahl des Ortes war nicht der Annehmlichkeit, sondern vielmehr dem Kontext geschuldet. Denn auf der Tagung in Schloß Hartheim sprachen nicht nur hochkarätige Referenten, sondern auch die Mauern.

Von Stephan Baier

Während in Belgien und den Niederlanden seit Jahren Menschen – teils auf eigenen Wunsch, teils ohne ihre Einwilligung – euthanasiert werden, während im Europarat und im Europäischen Parlament immer wieder um Positionen zur aktiven Sterbehilfe gerungen wird, gibt es in Deutschland und Österreich einen zumindest weitgehenden Konsens dagegen. Der Schreck sitzt noch in den Gli-

edern. In einem Ort wie dem oberösterreichischen Schloss Hartheim, wo 30.000 kranke, behinderte und schwache Menschen von den Nazis ermordet wurden, umso mehr. Der Nazi-Chefpropagandist Joseph Goebbels hatte 1941 den Film »Ich klage an« in Auftrag gegeben: ein Höhepunkt der Euthanasie-Propaganda der Nationalsozialisten. Er zeigt einen Arzt, der seine geliebte junge Frau, die an Multipler Sklerose erkrankt war, aus Mitleid und auf ihre eigene Bitte hin tötete. In einem Nebenzimmer des Gerichts diskutieren die Geschworenen das Dilemma, dass die Gesetze eine solche Tötung auf Verlangen zwar verbieten, der Arzt aber nach einem höheren Ethos gehandelt habe. Am Ende, dem Freispruch aus Mangel an Beweisen bereits recht nahe, leugnet der Arzt vor Gericht die Tat nicht mehr, sondern be-

seinem Leben ein Ende zu setzen? Ist es nicht eine Tat des wahren Humanismus, ihm dabei unterstützend die Hand zu reichen? – Die Wirklichkeit war jedoch ganz anders: Bereits 1934 hatte ein Nazi-Gesetz »Zur Verhinderung erbkranken Lebens« zur Einrichtung von Erbgesundheitsgerichten geführt, die die Zwangssterilisierung hunderttausender Menschen anordneten. Nationalsozialistische Ärzte ließen 70.000 Menschen in Euthanasie-Anstalten ermorden. Schloss Hartheim war eine dieser Anstalten. Nach dem Anschluss Österreichs an Hitlers Deutschland im Jahr 1938 wurden hier zuerst die 200 Pflegelinge des Hauses, dann Patienten der Pflegeanstalten des Reichs und schließlich auch arbeitsunfähige KZ-Häftlinge umgebracht.

STEPHAN BAIER



Das Foto zeigt den oberöstr. Landeshauptmann Josef Pühringer, den östr. Bundespräsidenten Heinz Fischer, Kardinal Christoph Schönborn und EU-Kommissar Jan Figel (von links nach rechts)

den. In einem Ort wie dem oberösterreichischen Schloss Hartheim, wo 30.000 kranke, behinderte und schwache Menschen von den Nazis ermordet wurden, umso mehr.

Der Nazi-Chefpropagandist Joseph Goebbels hatte 1941 den Film »Ich klage an« in Auftrag gegeben: ein Höhepunkt der Euthanasie-Propaganda der Nationalsozialisten. Er zeigt einen Arzt, der

kennt sich dazu, fordert sein Urteil und die Änderung von Gesetzen, die den leidenden Menschen zwingen, sein Leben weiter zu leben. Auf eine höchst emotionale, im Stil jener Zeit theatralische Art wird die Euthanasie auf Verlangen als wahre Menschlichkeit präsentiert.

Diese Argumente kennen wir auch heute: Darf man es einem an unerträglichen Schmerzen Leidenden verwehren,

Bevor die Nazis zehntausende Menschen in dem malerisch gelegenen Renaissance-Schloss töteten, diente es als Pflegeheim für Menschen mit schweren Behinderungen. Eine Gedenktafel erinnert, wenngleich in der heute durchaus anstößig wirkenden Sprache jener Zeit, an den ursprünglich wohltätigen Zweck: »Aus Anlass des 50jährigen Regierungsjubiläums Seiner kaiserlich-königlichen Apostolischen Majestät Kaisers Franz Josef I. widmet Seine Durchlaucht Fürst Camillo Heinrich Starhemberg

dieses Asyl den armen Schwach- und Blödsinnigen, Idioten und Cretinösen im Jahre 1898.« Starhemberg stellte sein kastellartiges Schloss als Pflegeanstalt zur Verfügung, damit die Ordensschwestern des Hl. Vinzenz von Paul diese Menschen hier betreuen und pflegen konnten. Die Strategie der Nazis war deshalb, wie EU-Kommissar Jan Figel dies formulierte, tatsächlich »perverser Sozialdarwinis-



Gedenktafeln in Schloss Hartheim, die an die rund 30.000 kranken und behinderten Menschen erinnern, die hier von den Nazis ermordet wurden.

mus«, denn im Gegensatz zum Propagandafilm »Ich klage an« ging es nicht um Selbstbestimmung der Leidenden, sondern um die Herstellung von »Volks-gesundheit« durch Ermordung der Kranken, Schwachen und Behinderten.

Seit 1995 bemüht sich der »Verein Schloss Hartheim« darum, den Ort des Grauens zu einem »Lern- und Gedenk-ort« zu machen. Oberösterreichs Landes-



Tobias Moretti

hauptmann (Ministerpräsident) Josef Pühringer verkündete nun als Ziel, Hartheim »mehr und mehr zu einem Ort der ethischen Auseinandersetzung« und langfris-

sig zu einem internationalen Ethik-Zentrum werden zu lassen. Einen Auftakt dazu bildete ein internationaler Kongress vom 20. bis 22. April unter dem Motto »Sinn und Schuldigkeit. Fragen zum Lebensende«, zu dem sich 250 Teilnehmer aus zehn Staaten Europas versammelten, um Fragen der Sterbehilfe und der Sterbebegleitung zu diskutieren.

STARKE ARGUMENTE GEGEN EUTHANASIE

Fast alle Referenten – Ärzte, Politiker, Philosophen, Kirchenvertreter und Behinderte – plädierten bei der Tagung klar für eine Sterbebegleitung und gegen aktive Sterbehilfe, also dafür, dass Menschen an der Hand, statt durch die

Hand eines Menschen sterben, wie dies der 2004 verstorbene Wiener Kardinal Franz König einst formuliert hatte. Angesichts des in Hartheim Geschehenen drängt sich aber die Frage auf, ob die vorgebrachten Argumente ausreichen und auch langfristig gesellschaftlich tragen können.

- Die Gesellschaft werde ärmer, wenn sie keinen Platz mehr habe für die Menschen mit Behinderung, betonten etwa Kardinal Christoph Schönborn und der Psychiater Manfred Lütz. Der Schauspieler Tobias Moretti warnte davor, das Leben zur Kosten-Nutzen-Rechnung zu machen: Wie solle man heute der Generation der Kinder, »die selber um ihre Existenzberechtigung kämpft, weil sie nur kostet, erklären, dass es eine Gesellschaft reicher macht, Platz zu haben für das Nicht-Normale, auch für das Welke und das Sterben?« »Es ist ja, als würde man eine Jahreszeit wegkürzen. Als würde man den Herbst abschaffen.«
- Es sei eine Anmaßung des Menschen, zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben zu unterscheiden, wie dies die Nazis taten, betonte der öster-

reichische Bundespräsident Heinz Fischer. Der Mensch sei eben nicht aufzurechnen gegen andere, etwa politische Zielsetzungen, auch nicht gegen solche, die der Gesellschaft insgesamt nützen würden.

- Der Tod sei »etwas Natürliches und er soll seiner Natürlichkeit nicht beraubt werden«, meinte Bundespräsident Fischer. Theologisch begründete dies etwa der muslimische Arzt Ahmet Hamidi, der Vizepräsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich ist: »Leben und Tod sind ja von Anfang an Instrumente der Vorsehung Gottes.« Selbstmord und aktive Sterbehilfe seien deshalb aus muslimischer Sicht »Übertretung und Aufruhr gegen den göttlichen Beschluss«.
- Wenn die Türe zur Euthanasie einmal aufgemacht sei, dann gebe es keine Grenze mehr, zeigten viele Referenten am niederländischen Beispiel. Der Psychiater Christian Spaemann sprach von der »unausweichlichen Tendenz zur Ausweitung der Euthanasie«. Bereits



Bob Schindler, der Bruder von Terri Schiavo, vor Schloss Hartheim

heute geschähen 2,2 Prozent der Euthanasie-Fälle in den Niederlanden ohne Einwilligung des Betroffenen. Befürworter würden »Suizid-Sets bei Gesundheitsämtern« fordern.

- Dazu kommt das Leben der potenziell Betroffenen: Wenn es den schwerst behinderten Menschen oder unheilbar Kranken und Siechenden erlaubt ist, aktive Sterbehilfe zu verlangen, dann geraten alle Behinderten, alle Unheilbaren, alle Siechenden unter Rechtfertigungsdruck. Der Mediziner und Phi-

Philosoph Johannes Meran warnte vor wachsendem sozialen Druck: »Nur wenn der Patient die Erfahrung macht, angenommen zu sein, wird er sein Leiden selbst annehmen können.«

- Wenn Mitleid ein ausreichender Grund ist, dann wird das Leid der Mitleidenden, die »Unzumutbarkeit des Leidens für die Umgebung« (Spaemann) ebenfalls zum Grund. »Mein Land glaubt,



Ernst Fuchs, berühmter Maler

eine Form des Mitleids sei es, Menschen zu töten«, sagte Robert Schindler, der Bruder der Wachkoma-Patientin Terri Schiavo, deren Ernährung 2005 auf gerichtlichen Beschluss eingestellt wurde. Das Mitleid stelle uns letztlich vor die Wahl: »Wir können für diese Leute Sorge tragen, oder wir erlauben uns, sie zu töten.« Leid, so meinte Meran, könne nicht durch die Abschaffung der Leidenden aus der Welt geschafft werden.

- Die moralische Integrität von Ärzten und Krankenhauspersonal werde in Frage gestellt: »Würden Sie Ihrem Arzt noch vertrauen, wenn Sie wüssten, dass Euthanasie eine Option für ihn ist?«, fragte der slowakische Arzt Josef Glasa, seit 2005 Mitglied der Ethik-Beratergruppe des Präsidenten der EU-Kommission.
- Das Argument des selbstbestimmten Todes wischte der Trierer Philosoph und Ethiker Anselm Müller beiseite: »Wer Euthanasie wünscht, will nicht die volle Verantwortung tragen.« Er wolle sich »den Tod verschreiben« las-

sen und einen Teil der Verantwortung auf den Arzt abwälzen. Doch warum sollte ausgerechnet der Arzt der Selbsttötung assistieren? »Warum nicht ein Bestattungsunternehmer mit entsprechender Zusatzqualifikation?« Es sei eine Täuschung, die Euthanasie durch die Beteiligung von Ärzten »in die Nähe der Therapie« zu rücken.

- Wenn das Leben heilig ist, dann ist das Lebensrecht nicht nur (durch andere) unantastbar, sondern auch (durch den Betroffenen selbst) unveräußerbar. Müller schlussfolgert: »Das Euthanasieverbot hängt an der Unerlaubtheit der Selbsttötung.« Beides untergrabe die Basis, auf der das Zusammenleben der Bürger beruht.
- Der Legalisierung der Euthanasie wurde der Ausbau der Palliativmedizin und der palliativen Betreuung als sinnvollere, humanere Alternative gegenüber gestellt. Schmerzlinderung sei kein »alles oder nichts«, erläuterte der britische Arzt Robert Twycross, der von 1988 bis 2005 Vorsitzender des Zentrums für

Direktor im Wiener »Haus der Barmherzigkeit«, Christoph Gisinger, meldete hier gewichtige Zweifel an: Die demographische Entwicklung und der wissenschaftliche Fortschritt würden die Zukunft der Medizin bestimmen. Erstere führe zum rapiden Anstieg der Über-80-Jährigen während die Zahl der Unter-60-Jährigen abnimmt: »Uns werden die Menschen ausgehen, die diese Alten betreuen.« Der Fortschritt, der schon dazu führte, die Kindersterblichkeit zu minimieren, werde chronisch Kranken eine bessere und höhere Lebenserwartung beschere. Dadurch aber würden sich die Kosten des Gesundheitswesens »exponentiell verteuern«.

Gisinger fürchtet eine neue »Diskriminierung der Alten und chronisch Kranken«, deren Behandlungs- und Betreuungskosten rasant steigen werden. Der Kampf um die knapper werdenden Ressourcen werde sich verschärfen. Euthanasie werde ein Thema werden, und auf diesen Diskurs gelte es vorbereitet zu sein. Schon heute sei das Gesundheitssystem



Der österreichische Abgeordnete Franz-Josef Huainigg mit seiner Frau

Palliativmedizin der Weltgesundheitsorganisation (WHO) war. Er zeigte am Beispiel von Krebspatienten auf, wie eine richtige Vorgehensweise schwerstleidende Patienten heute weitgehend schmerzfrei stellen kann.

UNS WERDEN DIE MENSCHEN AUSGEHEN

Die Frage, ob alle diese guten Argumente den Trend zur Legalisierung der Euthanasie stoppen können, hat viele Facetten. Der Internist und Ärztliche

tem auf schwerste chronische Krankheiten nicht vorbereitet: Als das Sozialsystem vor 150 Jahren geschaffen wurde, führten schwere chronische Krankheiten üblicherweise nach kurzem Leid zum Tod – nicht zu jahre- oder jahrzehntelanger Intensivbetreuung.

Wie also lässt sich verhindern, dass die Gesellschaft den Rechenschieber bedient, wenn die Überalterung der Gesellschaft und der medizinische Fortschritt das Gesundheitssystem an den Rand des finanziellen Kollaps geführt haben? Wer-

den dann das Mitleids- und das Selbstbestimmungs-Argument das Tor zur ärztlich assistierten Selbsttötung weit aufstoßen?

»Das Leben mit Behinderung ist ein Abenteuer«, meinte der schwerstbehinderte Abgeordnete Franz Joseph Huainigg. Er beklagte, dass Müttern die mögliche Behinderung des Kindes in ihrem Bauch »meist sehr einseitig« nahe gebracht werde und verurteilte die fristenlose Abtreibung behinderter Ungeborener – in Österreich bis unmittelbar vor der Geburt – als »Menschenrechtsverletzung«. Diesen Zusammenhang zwischen Euthanasie und Abtreibung scheint auch der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer geahnt zu haben, denn er erzählte in seinen »ganz persönlichen« Grußworten, dass er vor drei Jahrzehnten als SPÖ-Abgeordneter für die Straffreistellung der Abtreibung gestimmt habe und sich auch heute dazu bekenne. »Ich glaube, hier festen Boden unter den Füßen zu haben«, meinte der Bundespräsident.

Der Schauspieler Tobias Moretti sah dies ganz anders: »Wer das Lebensrecht an einem Punkt in Frage stellt, nämlich am Anfang, der stellt es irgendwann auch am Ende in Frage.« Morettis Begründung: »Solange die Menschen von einem christlichen Humanismus getragen werden, sollte man über das Lebensrecht eines Menschen nicht diskutieren müssen – weder eines Alten noch eines Behinderten. Es gibt keinen Rechtfertigungs-, also keinen Erklärungszwang. Aber mittlerweile gibt es ihn eben doch.« Jetzt, um Morettis Wortwahl zu verwenden, muss sich der Mensch »gesundheitsökonomisch« rechtfertigen, und er wird durch einen »der Menschlichkeit entthobenen Pragmatismus« in Frage gestellt.

IM PORTRAIT

Stephan Baier

Der Autor, 1965 in Roding (Bayern) geboren, ist Österreich- und Europa-Korrespondent der überregionalen katholischen Tageszeitung »Die Tagespost«. Nach

dem Studium der Theologie in Regensburg, München und Rom arbeitete er zunächst als Pressesprecher für die Diözese Augsburg,

dann fünf Jahre lang als Pressesprecher und Parlamentarischer Assistent für Otto von Habsburg im Europäischen Parlament. Baier, Autor mehrerer Sachbücher, ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.



Alles, außer AIDS und Kinder

Nach dem Regierungswechsel in Österreich sind die Protagonisten der »Kultur des Todes« hier wieder auf dem Vormarsch. »Abtreibung auf Krankenschein« und ein »Museum für Verhütung & Schwangerschaftsabbruch« sollen vorgeburtliche Kindstötungen zu einem normalen Bestandteil des Lebens machen.

Von Stephan Baier

Als die neue österreichische Familienministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) jüngst in einer Wiener Schule Kondome an 13- und 14-Jährige verteilte, war dies nur in einer Hinsicht ein Tabubruch und zog auch nur aus einem Grund eine elterliche Beschwerde nach sich: Hier würden die Kinder für parteipolitische Zwecke missbraucht, hieß es. Österreichs Familien-Bischof Klaus Küng macht sich keine Illusionen: In vielen Schulen laufe die Sexualerziehung

der Wiener Innenstadt. Dort werden die Besucher darüber aufgeklärt, wie wunderbar befreiend die Legalisierung der Abtreibung doch wirkte: »Nach wie vor müssen Frauen in Ländern, in denen der Schwangerschaftsabbruch verboten ist, zu drastischen und gefährlichen Methoden greifen, um eine ungewollte Schwangerschaft unterbrechen zu können.«

Unter dem Stichwort »Schlachtfeld Bauch« ist da von Versuchen die Rede, »Frauen mit einer ungewollten Schwang-

erschaft aufgrund religiöser oder ideologischer Vorwände zu bevormunden und sie entweder zu einer Abtreibung zu überreden oder ihnen den Abbruch zu verbieten, bzw. nur für sehr viel Geld zu ermöglichen.« Die »angeblich moralische Entrüstung« sei in jenen Ländern am stärksten, »in welchen die Frauen am meisten bevormundet werden und wo es die höchste Rate an Abbrüchen gibt«, wird hier aufgeklärt. Da es in Österreich zwar eine Straffrei-



Abtreibungsarzt Christian Fiala mit Gabi Burgstaller (SPÖ)

stellung nach dem Motto: »Es gibt nur zweierlei, was ihr unbedingt vermeiden müsst – Aids und ein Kind.«

Im Wien ist man jedenfalls sehr aktiv, um dem unerwünschten Kind keine Chance zu geben: Wie in der jüngsten Ausgabe von »LebensForum« berichtet, werden neuerdings in einem zentralen Einkaufszentrum, der »Lugner City«, Abtreibungen angeboten, ungeachtet der 14.000 Unterschriften, die die »Jugend für das Leben« dagegen sammelte. Nun eröffnete unter prominenter Beteiligung der früheren Frauenministerin Johanna Dohnal (SPÖ) ein »Museum für Verhütung & Schwangerschaftsabbruch« in

stellung via Fristenregelung, doch überhaupt keine amtliche Statistik der Abtreibungen gibt, meinen die Betreiber des Museums offenbar, unwidersprochen behaupten zu können: »Länder, in denen Frauen frei entscheiden können, beugen ungewollten Schwangerschaften am besten vor und haben die niedrigste Rate an Abbrüchen.«

An anderer Stelle lesen wir: »Erst seit Mitte des letzten Jahrhunderts wurden Methoden entwickelt, welche sowohl sicher, als auch sehr wirksam sind. Damit hat sich das (Über-) Leben von Frauen stark verbessert.« Vermutlich um das Überleben der Frauen – weniger das der